Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Sport

26. Sitzung
20. Oktober 2023

Beginn: 10.00 Uhr
Schluss: 12.35 Uhr
Vorsitz: Scott Körber (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)** **hier:** **- Einzelplan 05 – Kapitel 0510 bis 0512,** **- Kapitel 1250: Maßnahmegruppe 05 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport – alle Maßnahmen mit Sportbezug** **- Kapitel 2705: Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport –** – 2. Lesung –	0093 Sport Haupt(f)

In die Beratung wird folgender Vorgang einbezogen:

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom 11. 10. 2023 — 0093-2 Sport
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)
Beantwortung der Fragen aus der 1. Lesung

Vorsitzender Scott Körber weist darauf hin, dass in der vorliegenden Synopse sämtliche vorab eingegangenen Änderungsanträge aufgeführt seien. Die Synopse sei auf der Webseite des Abgeordnetenhauses unter der Vorgangsnummer 0093-1 veröffentlicht.

Generalaussprache

Klara Schedlich (GRÜNE) begrüßt, dass die vom Senat vorgenommenen Kürzungen bei Projekten aus dem Bereich „Offene Gesellschaft“ durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen voraussichtlich zurückgenommen würden.

Im Haushalt sei die angekündigte Ausweitung der Bundesligistenförderung zur nächsten Saison enthalten. Die Vergabe müsse noch angepasst werden. Ihre Fraktion werde diesen Prozess begleiten und hoffe, dass der Frauensport dadurch unterstützt werde.

Es sei nicht hinnehmbar, dass die Schwimmfähigkeit von Kindern unter einem Mangel an Wasserflächen leide. Ihre Fraktion erwarte von den Berliner Bäder-Betrieben schnelle und sichtbare Verbesserungen, was die Versorgung mit Wasserflächen angehe.

Die Grünen stünden der Austragung Olympischer Spiele in Berlin in den Jahren 2036 oder 2040 kritisch gegenüber. Bereits jetzt werde für Veranstaltungen Geld ausgegeben, obwohl es noch keine Entscheidung des DOSB über eine deutsche Bewerbung gebe.

Nach wie vor sei unklar, wie die Mehrkosten für die Fußball-Europameisterschaft 2024 finanziert werden sollten. Das belaste den Sporthaushalt.

Sie vermisse im vorliegenden Einzelplan deutliche Fortschritte beim Thema Inklusion, wie man sie nach der Austragung der Special Olympics in Berlin erhofft habe. Sie hoffe, dass der Bau von Inklusionssporthallen und die Umsetzung des dritten Bauabschnitts im Jahn-Sportpark, der den Anwohnerinnen und Anwohnern und dem Breitensport zugutekommen solle, mit Priorität behandelt würden.

Nach Ansicht der Fraktion der Grünen enthalte der Einzelplan zu wenig Mittel für den unorganisierten Sport, weswegen entsprechende Änderungsanträge gestellt worden seien. Dabei gehe es beispielsweise um eine Tischtennisplattenoffensive. Um dem Bewegungsmangel von Kindern entgegenzuwirken, seien mehr aufsuchende Bewegungsangebote im öffentlichen Raum erforderlich. Außerdem wolle ihre Fraktion Trendsportarten im öffentlichen Raum stärker unterstützen.

Sie bemängele, dass die Berichte der Senatsverwaltung den Ausschuss mit Verspätung erreicht hätten. Das habe die Vorbereitung auf die heutige Sitzung erschwert. Problematisch sei auch, dass die in der ersten Lesung formulierten Berichtsaufträge zur Fußball-Europameisterschaft nicht beantwortet worden seien.

Stephan Standfuß (CDU) unterstreicht die Forderung seiner Vorrednerin in Richtung der Berliner Bäder-Betriebe, die vertraglich vereinbarten Wasserzeiten zu erfüllen. Zudem müsse man mit der Situation umgehen, dass die Bäder-Betriebe einen Finanzbedarf hätten, der vom vorliegenden Einzelplan nicht abgedeckt werden könne. Es müssten Anstrengungen unternommen werden, um auch in den Randbereichen der Stadt ausreichend Wasserflächen zur Verfügung zu stellen. Der Erwerb der Schwimmfähigkeit habe dabei Priorität. Perspektivisch halte er ein Umdenken für nötig, das Auswirkungen auf die geplanten Multifunktionsbäder haben könne. Ein möglicher Weg sei seiner Ansicht nach die Erarbeitung eines Konzepts für Typenschwimmhallen. Darüber hinausgehende Angebote könnten auch in einer Partnerschaft mit privaten Anbietern realisiert werden.

Er spreche sich für eine Bewerbung für Olympische Spiele 2036 in Deutschland aus. Dafür müsse eine angemessene Summe im Haushalt eingestellt werden. Olympische Spiele böten die Möglichkeit, in einem Sportentwicklungsplan Vorstellungen zur Sanierung der Berliner Sportstätten über die Legislaturperiode hinaus zu entwickeln. Er gehe davon aus, dass künftige Sanierungsmaßnahmen nachhaltig und umweltgerecht geplant würden. Dadurch könnten Maßnahmen auch aus dem Klimasondervermögen finanziert werden.

Dass Sport für Berlin wichtig sei, zeige sich nicht nur an den über 700 000 Mitgliedern in Sportvereinen, sondern auch an den Nutzerinnen und Nutzern der Berliner Bäder und derjenigen, die nicht organisierten Sport ausübten. Sport werden nicht umsonst als „sozialer Kitt der Gesellschaft“ bezeichnet, biete vielen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und wirke präventiv gegen Fremdenfeindlichkeit.

Die Förderung des Sports sei stetig angewachsen. Während sie im Jahr 2022 bei 21,773 Millionen Euro und laufenden Jahr bei 25 Millionen Euro gelegen habe, sehe der kommende Doppelhaushalt für das Jahr 2024 30,5 Millionen Euro und für das Jahr 2025 32 Millionen Euro vor. Das sei ein klares Zeichen für den hohen Stellenwert des Sports in Berlin.

Der erste und zweite Bauabschnitt des Jahn-Sportparks seien im vorliegenden Doppelhaushalt abgesichert. Durch die Realisierung des Stadions stehe eine große inklusive Sportstätte zur Verfügung, die international beispielgebend für Sportanlagen sein könne. Die Senatsverwaltung habe im Ausschuss mehrfach dargelegt, warum es sinnvoll sei, den dritten Bauabschnitt von den anderen zu trennen. Insgesamt sei es wichtig, an dieser Stelle mehr Sportanlagen zu bekommen, denn im Umfeld bestehe ein großer Mangel, insbesondere für den Vereinssport. Allen Berlinerinnen und Berlinern müsse es möglich sein, sich sportlich zu betätigen, und alle Kinder und Jugendlichen müssten die Chance erhalten, einen Weg im Leistungssport einzuschlagen. Deshalb sei es wichtig, eine ausreichende Sportstätteninfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Der Sanierungsbedarf im Olympiapark sei hoch, aber die Entwicklung gehe auf der Grundlage des Masterplans in die richtige Richtung. Er gehe davon aus, dass die Auslastung des Olympiaparks noch erhöht werden könne und dass ein Fußballstadion für Hertha BSC trotz deren Abstieg in die Zweite Bundesliga wieder Thema sei werde. Letzteres jedoch nicht im vorliegenden Doppelhaushalt. Auch der 1. FC Union Berlin solle eine ausreichende Förderung erhalten.

Damiano Valgolio (LINKE) schließt sich der Kritik an den verspätet vorgelegten Berichten der Senatsverwaltung an. – Das Ziel, den Sport in Berlin zu unterstützen, den inklusiven Sport voranzubringen und die Vielfältigkeit der Stadt abzubilden, werde von allen Fraktionen im Sportausschuss getragen. Der Unterschied zwischen seiner Fraktion und den aktuellen Regierungsfraktionen bestehe darin, dass letztere den Schwerpunkt auf Sportereignisse mit hoher Strahlkraft legten, während den Linken der Breitensport, der Jugendsport und die Sportangebote in den Kiezen und Sportvereinen besonders wichtig seien. Seine Fraktion halte es für falsch, dass der Großteil der Haushaltsmittel Sportgroßveranstaltungen zugutekomme, und habe entsprechende Änderungsanträge gestellt. Dafür spreche auch, dass die Gelder für Sportgroßevents nicht in die Verbesserung der Sportstätten flössen, wo sie eine nachhaltige Wirkung auch für den Breitensport erzielen könnten.

Den Aufwuchs in der allgemeinen Sportförderung auf 32 Millionen Euro begrüße die Linksfraktion. Dem stünden aber 23 Millionen Euro allein für die Fehlplanungen im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft 2024 gegenüber. Diese Summen stünden seiner Ansicht nach in einem Missverhältnis zueinander.

Den Umstand, dass 1 Million Euro für eine Olympiabewerbung eingeplant sei, lehne die Linksfraktion ab. Diese Summe könne an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden, beispielsweise zur Unterstützung der Vereine, deren Wartelisten teilweise sehr lang seien.

An welcher Stelle des Haushalts seien die 2 Millionen Euro für das Kombibad Marzahn-Hellersdorf etatisiert?

Seine Fraktion halte es für erforderlich, bereits im anstehenden Doppelhaushalt Mittel für den dritten Bauabschnitt im Jahn-Sportpark vorzusehen. Bislang enthalte der Haushalt nur Mittel für den Stadionabriss und -neubau, allerdings nichts für die Anlagen, die für den Breitensport besonders wichtig seien. Es sei völlig unklar, wann dafür Mittel zur Verfügung stünden.

Ein Änderungsantrag seiner Fraktion ziele darauf ab, diversen und queeren Sport sowie Frauensport zu stärken.

Dennis Buchner (SPD) führt aus, der vorliegende Haushaltsentwurf sei ein Beleg für den hohen Stellenwert, den der Sport in Berlin habe. Trotz erforderlicher Einschnitte im Gesamthaushalt, gebe es im Sportetat Aufwüchse.

Der mit Abstand größte Einzelposten im Bereich des Sports seien 68 beziehungsweise 70 Millionen Euro konsumtive Mittel für die Berliner Bäder-Betriebe, und vermutlich würden diese Summen noch ergänzt. Er hoffe, dass es damit gelinge, den Bädervertrag einzuhalten und Wasserflächen weiterhin kostenfrei für Schulen, Kitas und Vereine und kostengünstig für

andere Nutzerinnen und Nutzer zur Verfügung zu stellen. Die Priorität liege dabei auf der Erlangung der Schwimmfähigkeit. Investitionen seien auch in die Struktur der Bäder-Betriebe erforderlich. Dafür seien sowohl im Haushalt als auch im SIWANA und in der Investitionsplanung Mittel enthalten. Außerdem geht er davon aus, dass Gelder aus dem Klimasondervermögen bereitgestellt würden, um die Bäder klimagerechter zu machen.

Der zweitgrößte Einzelbetrag sei die Förderung des Sports. Im Gegensatz zum Bund, wo die entsprechenden Gelder gekürzt worden seien, werde der Titel 68419 – Förderung des Sports – im Berliner Landeshaushalt aufgestockt, und die Koalitionsfraktionen beantragten einen zusätzlichen Aufwuchs von 270 000 Euro. Als Gegenfinanzierung würden andere Posten leicht abgesenkt. Das Prinzip der seit 2017 gelten Fördervereinbarung mit dem Landessportbund werde fortgeführt und ausfinanziert. Die Mittel für die Beschäftigung von Hauptamtlichen in Vereinen und Verbänden würden erhöht. Für Trainerinnen und Trainer im Jugendsport würden 700 000 Euro mehr zur Verfügung gestellt.

Der Zuschuss für „Berlin hat Talent“ steige um 100 000 Euro, und um jeweils mehrere 100 000 Euro stiegen die Zuschüsse für die Beschäftigung von Übungsleiterinnen und Übungsleiter in den Vereinen, aber auch für die Trainerinnen und Trainer im Spitzensport. Damit werde die Politik der letzten Haushalte fortgesetzt, mehr Möglichkeiten für Sport zu gewährleisten und leistungsgerechte Gehälter im Sport zu bezahlen.

Mit knapp 900 000 Euro würden mehr Sportangebote in sozial benachteiligten Gebieten ermöglicht.

Infolge der Special Olympics beabsichtigten die Koalitionsfraktionen mit einem Änderungsantrag, den Zuschuss für den Behinderten- und Rehabilitationssport mehr als zu verdoppeln. Das solle mehr Personalstellen ermöglichen, aber auch helfen, Vereine im Umgang mit Menschen mit Behinderungen aller Art zu qualifizieren. Letztlich gehe es darum, die Quote der Vereine, die inklusive Sportangebote machten, zu erhöhen. Es sei nicht akzeptabel, dass 55 Prozent aller Menschen mit körperlichen Behinderungen und ungefähr 90 Prozent der Menschen mit geistigen und mehrfachen Beeinträchtigungen nicht in den Sport integriert seien.

Weiteren Gruppen müsse mehr Teilhabe am Sport ermöglicht werden. Deshalb würden die Mittel für das Teilhabeprogramm leicht erhöht. Außerdem werde erstmals ein Ansatz zur Finanzierung von Projekten zur Diversity im Sport von 100 000 Euro pro Haushaltsjahr beantragt.

Aufgrund der großen Nachfrage bei den Programmen „Profivereine und Vereine machen Kita“ und „Profivereine machen Schule“ würden dafür erstmals 100 000 Euro aus dem Sportetat bereitgestellt.

Er teile die Auffassung der Oppositionsfraktionen, dass mehr Sportangebote in öffentlichen Räumen sinnvoll seien, beispielsweise Calisthenics- und Discgolf-Anlagen. Dazu sei jedoch ein stadtweites Konzept in Zusammenhang mit den Bezirken, die für die Grünflächen zuständig seien, erforderlich. In der Vergangenheit sei es allerdings immer schwer gewesen, die

Bezirke davon zu überzeugen, Grünanlagen für unorganisiertes Sporttreiben zur Verfügung zu stellen. Wenn sich das ändere, werde auch er sich für entsprechende Haushaltsmittel einsetzen.

Sportgroßveranstaltungen wie Fußball-Europameisterschaften oder Olympische Spiele seien positiv für die Berliner Wirtschaft und damit auch für das Steuereinkommen. Letztlich könne dadurch auch mehr Geld für den Breitensport ausgegeben werden. Der Fußball-Verband unterstütze die UEFA EURO 2024 und der LSB und der DOSB Olympische Spiele in Deutschland. Solche Veranstaltungen hätten eine Breitenwirkung und weckten das Interesse am Sport. Deshalb sei es wichtig, derartige Sportveranstaltungen in Deutschland durchzuführen.

Karsten Woldeit (AfD) schickt vorweg, die Mitglieder des Sportausschusses verfolgten das gemeinsame Ziel, die Sportsituation in Berlin sowohl im Profibereich als auch im Breitensport zu verbessern. Anders als in anderen Politikbereichen genieße Berlin für seine Sportlandschaft internationales Ansehen. Berlin beheimate viele Proficlubs, die in ihrer Vielfalt erhalten werden müssten. Der Spitzensport sei ein Aushängeschild für Berlin, und deshalb müsse er entsprechend gefördert werden.

Sportgroßveranstaltungen wie die Special Olympics World Games seien wichtig für die Stadt. Deshalb sehe er die anstehende Fußball-Europameisterschaft nicht als Sorgenkind, sondern als Chance für den Sport, das Image der Stadt und die Wirtschaft. Die Veranstaltung müsse so gut wie möglich unterstützt werden.

Er unterstütze eine Bewerbung um Olympische Spiele in Deutschland. Olympische Wettkämpfe in Berlin böten die Möglichkeit, Investitionsstaus abzubauen.

Die Verbesserung der Schwimmfähigkeit der Kinder sei wichtig und hänge von den zur Verfügung stehenden Wasserflächen ab. Es gebe kostengünstigere Alternativen zu teuren Multifunktionsbädern, beispielsweise Bäder mit Traglufthallen.

Seine Fraktion setzte sich für die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements und der Funktionäre im Breitensport ein. Das könne in Form kostenloser VBB-Tickets oder höherer Aufwandspauschalen geschehen.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, dass die Generalaussprache damit beendet sei und sich der weitere Sitzungsverlauf an der Synopse orientiere.

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau –

Titel 70141 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, – 1. Bauabschnitt – (Abriss des alten Stadions und Herrichtung der Sportanlagen)

Titel 70143 Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, – 2. Bauabschnitt – (Neubau des Stadions)

Bericht Nr. 111 bis 114 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Klara Schedlich (GRÜNE) möchte wissen, ob alle drei Bauabschnitte miteinander verzahnt würden.

Dr. Urte Verloren (SenInnSport) erklärt, Bauvorbereitungsmittel könnten nur bezogen werden, wenn sich ein Vorhaben in der Investitionsplanung befinde oder es einen Merkansatz im Haushalt gebe. Insofern sei die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen derzeit nicht in der Lage, den nächsten Schritt, nämlich die Auslobung des dritten Bauabschnitts, zu gehen.

Nils-Christian Krüssel (SenStadt) ergänzt, der dritte Bauabschnitt sei im Realisierungswettbewerb berücksichtigt worden. Derzeit werde dafür ein Gestaltungs- und Entwicklungsleitfadens aufgestellt. Zudem befinde sich ein Bebauungsplan in der Aufstellung.

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt nach, ob es einen Bebauungsplan für alle drei Bauabschnitte geben solle, oder werde es auch hier eine Aufteilung geben. Wie sei dabei der Zeitplan?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, die Planreife sei für Ende 2024 vorgesehen.

Julian Schwarze (GRÜNE) möchte wissen, wann die Auslegung geplant sei.

Dr. Urte Verloren (SenInnSport) stellt fest, diese sei für das kommende Jahr geplant.

Julian Schwarze (GRÜNE) wiederholt seine Frage, ob sich der Bebauungsplan auf alle Geländeareale erstrecke.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, die zuletzt gestellte Frage könne ad hoc nicht beantwortet werden. Der Ausschuss bitte deshalb um eine schriftliche Beantwortung.

Einzelplan 05

Übergreifend

Neue Sportflächen

Bericht Nr. 1 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) weist darauf hin, die Frage der Grünen nach einem Zeitplan sei in dem Bericht nicht beantwortet worden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, die Richtlinien der Regierungspolitik bezögen sich auf die aktuelle Legislaturperiode.

Julian Schwarze (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, in dem Bericht werde auf eine Planungsbroschüre „Impulse für mehr Sport und Bewegung in der Stadt“ verwiesen, die planerische Überlegungen und erste Lösungsansätze enthalte. Man werde mit der Umsetzung begonnen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, das werde in der aktuellen Legislaturperiode geschehen.

Nachhaltigkeitskonzepte

Bericht Nr. 12 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Klara Schedlich (GRÜNE) hat dem Bericht entnommen, der Senat unterstütze den Sport bei der Beschaffung von Fairtrade-Materialen. Gebe es weitere Maßnahmen, die der Senat ergreife, um zu mehr Nachhaltigkeit in Sportvereinen zu kommen?

Gabriele Freytag (SenInnSport) erklärt, im Grundsicherungsvertrag mit dem Landessportbund würden Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit thematisiert.

Olympiabewerbung

Bericht Nr. 17 bis 19 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion der SPD, der Fraktion der Grünen und der Fraktion Die Linke

Klara Schedlich (GRÜNE) möchte wissen, wie folgende Erläuterung in dem Bericht zu Phase 1 zu verstehen sei:

> Erste Ergebnisse der Szenarienanalyse zeigen, dass alle Olympischen und Paralympischen Kerndisziplinen in bestehenden und erprobten Wettkampfstätten innerhalb Deutschlands ausgetragen werden können und maximal eine temporäre Ergänzung erforderlich wird.

Bedeutet das, in Berlin würden keine neuen Sportstätten errichtet? Sei bereits bekannt, ob Baumaßnahmen an bestehenden Sportstätten erforderlich seien? Wenn ja, welche seien das, und handele es sich dabei um temporäre Maßnahmen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) betont, alle Bundesländer hätten zum Ausdruck gebracht, für Olympische Spiele in Deutschland würden keine neuen Sportstätten errichtet. Allerdings werde man existierende Sportstätten ertüchtigen, beispielsweise durch die Schaffung von Barrierefreiheit. Dazu zählten auch die 30 Millionen Euro, die für Baumaßnahmen im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft ausgegeben würden.

Damiano Valgolio (LINKE) wendet ein, in dem Bericht sei von der Errichtung von Interimssportstätten die Rede. Das habe keinen nachhaltigen Effekt für den Berliner Sport. Welche Kosten fielen dafür an?

Klara Schedlich (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, in dem Bericht sei von 750 000 Euro die Rede, die zur Vorbereitung einer deutschen Olympiabewerbung in den Jahren 2024 und 2025 erforderlich seien. Davon sollten unter anderem ein Berliner Abend bei den Olympischen Winterspielen 2026 und Kaminabende finanziert werden. Darüber hinaus werde aber auch darauf hingewiesen, dass konkrete Maßnahmen erst in den kommenden Monaten gemeinsam mit dem DOSB und den beteiligten Städten und Regionen erarbeitet würden. Sei das so zu verstehen, dass noch weitere Ausgaben zu erwarten seien? Wie ergebnisoffen sei die Diskussion um eine deutsche Olympiabewerbung?

Dennis Buchner (SPD) weist darauf hin, Interimsbauten – beispielsweise temporäre Tribünen, das Anlegen eines Beachvolleyballfelds oder der Einbau eines Schwimmbeckens ins Velodrom – anlässlich von Sportveranstaltungen seien nichts Neues. Eine generelle Kritik daran könne er nicht nachvollziehen.

Dass sich die Stadt bei Olympischen Spielen mit einem Berliner Abend präsentiere, sei jahrzehntelange Tradition und biete die Gelegenheit, Berliner Athletinnen und Athleten zu empfangen und zu unterstützen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) schließt sich den Ausführungen von Herrn Buchner an. Berlin sei die wichtigste Sportmetropole Deutschlands, und deshalb sei ein Rahmenprogramm und eine Repräsentation Berlins bei Olympischen und Paralympischen Spielen unumgänglich.

Der wirtschaftliche Nutzen von Sportgroßveranstaltungen sei unbestreitbar. Ein einziges DFB-Pokalfinale bringe der Stadt einen Mehrwert von 52 Millionen Euro. Zur Fußballeuropameisterschaft 2024 würden in Berlin 2,5 Millionen Besucherinnen und Besucher erwartet. Das führe zu Steuereinnahmen, die teilweise wieder in den Sport flössen.

Klara Schedlich (GRÜNE) wiederholt ihre Frage, wofür die 750 000 Euro in Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte – vorgesehen seien und ob mit weiteren Ausgaben für noch festzulegende Maßnahmen gerechnet werden müsse.

Stephan Standfuß (CDU) verbindet mit möglichen Olympischen Spielen in Deutschland die Hoffnung, der Sanierungsbedarf der Berliner Sportstätten könne deutlich reduziert werden. Außerdem gehe er davon aus, dass Olympische Spiele das Interesse am Sport weckten und Menschen motiviere, Sport zu treiben und in Sportvereine einzutreten. Sport trage darüber hinaus zur Völkerverständigung bei. Für all das Finanzmittel bereitzustellen, halte er für sinnvoll.

Gabriele Freytag (SenInnSport) informiert zur Verwendung der 750 000 Euro, diese dienten einerseits Aktivitäten zur Unterstützung des DOSB im Rahmen seiner „Roadmap Olympiabewerbung". Daran seien fünf Städte beziehungsweise Regionen beteiligt, die sich in einem Memorandum of Understanding verpflichtet hätten, bis zu 500 000 Euro in gemeinsame Maßnahmen zu investieren. Andererseits würden 250 000 Euro für Marketingmaßnahmen benötigt, darunter auch Berliner Abende bei den Olympischen Sommer- und Winterspielen und Kamingespräche.

Dr. Alexander King (LINKE) fragt, wofür die 50 000 Euro im Rahmen der Initiative „DEINE IDEEN. DEINE SPIELE" konkret benötigt würden. In dem Bericht sei lediglich von einem „öffentlichen Dialogforum" die Rede.

Gabriele Freytag (SenInnSport) berichtet, das Dialogforum finde in Abstimmung mit dem DOSB am 12. November 2023 im Futurium statt. Allein für dessen Anmietung sei ein Großteil der Summe erforderlich. Der DOSB beteiligte sich an den Kosten. Die Veranstaltung werde beworben, informiere über die Rahmenbedingungen der Olympischen und Paralympischen Spiele und stehe allen Interessierten offen.

Dr. Alexander King (LINKE) erwartet angesichts der Höhe der Kosten für diese Veranstaltung eine breite Bevölkerungsbeteiligung. Wie werde diese sichergestellt?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) teilt mit, es werde bereits für dieses Dialogforum geworben. Das Interesse der Öffentlichkeit an möglichen Olympischen Spielen sei in Berlin groß, und deshalb habe man für die Veranstaltung einen angemessenen Ort gewählt.

Vorhaben aus den Richtlinien der Regierungspolitik

Bericht Nr. 22 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klara Schedlich (GRÜNE) stellt fest, die Frage ihrer Fraktion, welche haushaltswirksamen Projekte aus den Richtlinien der Regierungspolitik nicht im Doppelhaushalt berücksichtigt worden seien, sei mit dem Bericht nicht beantwortet worden. Sie bitte, das nur nachzuholen.

Gabriele Freytag (SenInnSport) informiert, für alle Vorhaben und Projekte aus den Richtlinien der Regierungspolitik seine Haushaltsansätze gebildet worden.

Paralympics/Special Olympics

Bericht Nr. 25 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Die Linke

Dr. Alexander King (LINKE) hat dem Bericht Kosten in Höhe von 250 000 Euro für zwei Berliner Abende im Deutschen Haus in Paris entnommen. Wie komme diese hohe Summe zustande? Seien darin auch Reisekosten enthalten?

Gabriele Freytag (SenInnSport) teilt mit, das Deutsche Haus werde vom DOSB beziehungsweise dessen Agentur angemietet und betrieben. Es befinde sich in einem Pariser Rugbystadion und beinhalte ein Fanfest. Der Berliner Abend diene dazu, die Berliner Athletinnen und Athleten der Olympischen und Paralympischen Spiele zu unterstützen und Berlin als Sportmetropole zu präsentieren.

Dr. Alexander King (LINKE) bittet um eine Aufschlüsselung der Kosten.

Gabriele Freytag (SenInnSport) antwortet, es handele sich um Pauschalpakete, die der DOSB für 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer anbiete. Davon mache nicht nur Berlin, sondern auch andere Städte und Regionen Gebrauch. Reisekosten seien darin nicht enthalten.

Drittligastadion

Bericht Nr. 30 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Die Linke

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt nach einem Zeitplan bezüglich der Bereitstellung eines Drittligastadions.

Gabriele Freytag (SenInnSport) teilt mit, es sei gerade eine Machbarkeitsstudie ausgeschrieben worden, um zu prüfen, wie schnell das Mommsenstadion ertüchtigt werden könne. Bis zum Jahresende solle ein Ergebnis vorliegen, und danach werde über Umsetzungsschritte entschieden. Vorgesehen sei, dazu das Sportanlagensanierungsprogramm zu nutzen.

Dr. Alexander King (LINKE) möchte wissen, ob im Haushalt eine Machbarkeitsstudie für das Sportforum Hohenschönhausen verankert sei.

Christian Hochgrebe (SenInnSport) antwortet, entsprechende Mittel seien in Titel 54010 – Dienstleistungen – unter der laufenden Nummer 2 vorgesehen.

UEFA EURO 2024

Klara Schedlich (GRÜNE) interessiert, ob der Senat ausschließen könne, dass es zu weiteren Kostensteigerungen komme.

Die schriftlichen Ausführungen der Senatsverwaltung ließen darauf schließen, dass die Kostensteigerungen erst nach dem Ausscheiden von Frau Dr. Böcker-Giannini als Staatsekretärin bekannt geworden seien. Sei die Schlussfolgerung richtig, dass Frau Dr. Böcker-Giannini keine Verantwortung für die Kostensteigerungen trage?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) schickt vorweg, der Senat wahre stets die Vorgaben der Landeshaushaltordnung und beachte immer den Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit. Die zum jetzigen Stand bekannten und kalkulierbaren Kosten seien in vollem Umfang berechnet worden.

Der Senat habe bereits im Juli 2023 den Beschluss zum Haushaltsentwurf 2024/2025 gefasst. Mehrkosten für die Fan-Zone in Titel 54117 – Vorbereitung und Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen der UEFA Fußballeuropameisterschaft EURO 2024 –, die über die Kulturprojekte Berlin GmbH abgewickelt werde, seien in der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt worden. Erst im Rahmen der Evaluation der Projektstruktur im Anschluss an die Special Olympics World Games sei ab Juli 2023 deutlich geworden, dass mit weiteren Kostensteigerungen gerechnet werden müsse. Infolgedessen habe Senatorin Spranger eine neue Zuordnung der Projektgruppe festgelegt und die Evaluation der Kostenplanung veranlasst.

Klara Schedlich (GRÜNE) fragt, ob es bereits Informationen darüber gebe, wie der im Bereich der Fan-Zone verwendete Kunstrasen recycelt beziehungsweise wiederverwendet werde.

Könne die Kostensteigerungen zumindest teilweise durch Einsparungen, die die Fan-Zone beträfen, ausgeglichen werden?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) weist darauf hin, man habe sich gegen einen Naturrasen wegen der damit verbundenen Kosten und der Notwendigkeit einer Bewässerung entschieden. Der zum Einsatz kommende Kunstrasen sei nachhaltig und werde teilweise in Sportstätten weiterverwendet. Ein anderer Teil müsse von der Herstellerfirma umweltverträglich recycelt werden.

Die Kulturprojekte Berlin GmbH habe den Zuschlag aufgrund eines Vergabeverfahrens erhalten.

Julian Schwarze (GRÜNE) erinnert daran, Senatorin Spranger habe von einer Stadtrendite in Höhe von 50,6 Millionen Euro und einer Besucherzahl von 2,5 Millionen gesprochen. Orientiere sich die Besucherzahl an der Anzahl der Übernachtungen? Reichten die Übernachtungsmöglichkeiten in Berlin aus, um alle erwarteten Besucher unterzubringen? Wie setze sich die Stadtrendite zusammen? Welche Summe komme dem Landeshaushalt zugute?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) betont, Sportgroßveranstaltungen hätten einen enormen Mehrwert für Berlin, der nicht nur in Geld zu beziffern sei. Sie seien positiv für das Image und die Attraktivität Berlins und der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Es

gehe hier also nicht nur um einen betriebswirtschaftlichen Nutzen, sondern um einen volkswirtschaftlichen Gesamtertrag. Neben dem Pokalfinale gebe es eine 31-tägige Fan-Zone und eine Vielzahl anderer Veranstaltungen, die positiv wirkten.

Paul Wedeleit (SenInnSport) führt aus, unter Stadtrendite sei der wirtschaftliche Wert einer Veranstaltung zu verstehen. In dem Bewertungsmodell würden die Ausgaben ermittelt, die sowohl beim Veranstalter als auch den Gästen in Berlin anfielen. Daraus werde die induzierte Wertschöpfung hochgerechnet. Der direkte Wertschöpfungseffekte ergebe zusammen mit dem induzierten Wertschöpfungseffekt die Gesamtwertschöpfung für das Land Berlin. Diese sei beim DFB-Pokalfinale in diesem Jahr von der Firma Nielsen Sports mit 50,6 Millionen Euro pro Spiel ermittelt worden. Auf dieser Grundlage sei eine Schätzung für die Fußball-Europameisterschaft abgegeben worden. Beim DFB-Pokalfinale gebe es 74 000 Ticketbesitzer, die als Basisgröße zugrunde gelegt würden. Hinzu komme die Fan-Zone mit einer Kapazität von zirka 145 000 bis 165 000 Menschen. Dabei gehe man davon aus, dass mehr als die Hälfte der Gäste nicht aus Berlin kämen. Für die Berechnung habe man den Wert des DFB-Pokalfinale verdoppelt und komme so auf rund 100 Millionen Euro pro Spiel, also bei sechs Spielen auf eine Gesamtwertschöpfung von 600 Millionen Euro.

Aus der direkten und indirekten Wertschöpfung ergebe sich eine Steuereinnahme. Da es dafür kein Berechnungsmodell gebe, könne man hier nur mit Annahmen rechnen. Diese lägen – konservativ betrachtet – bei 10 Prozent der Gesamtwertschöpfung für das Land und den Bund.

Julian Schwarze (GRÜNE) weist darauf hin, in den Vergleichsmonaten Juni und Juli 2019 habe die Zahl der Ankünfte in Berlin 1,2 Millionen betragen und die Anzahl der Übernachtungen ungefähr 3 Millionen. Das entspreche einer Hotelauslastung von rund 80 Prozent. Vor diesem Hintergrund stelle er die Frage, ob die erwähnte Besucherzahl von 2,5 Millionen die regulären Berlinbesucher einschließe oder zu diesen hinzukomme.

Dennis Buchner (SPD) gibt zu bedenken, nicht jeder Berlinbesucher übernachte in einem Hotel. Hinzu komme, dass weniger normale Touristen in Zeiten von Großveranstaltungen nach Berlin kämen, weil dann die Übernachtungspreise höher seien.

Es gebe auch positive Effekte auf die Stadtrendite, die nicht in den Berechnungsmodellen berücksichtigt würden. Dazu zählten beispielsweise Menschen, die anlässlich einer Sportgroßveranstaltung nach Berlin kämen, davon begeistert seien und infolgedessen einen Urlaub in Berlin buchten.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) stellt fest, dass die Besucherzahlen nur prognostiziert werden könnten. Es sei im Vorfeld nicht klar, wie hoch der Anteil der Hotelübernachtungen sei und wie viele Tage die Gäste in Berlin verbrächten. Man könne nur auf Erfahrungswerte zurückgreifen.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport –

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Ansatz 2024 160.000
Ansatz 2025 160.000

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024: +80.000
2025: +100.000

a) Begründung zum Änderungsantrag
Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke –

Bericht Nr. 34 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Die Linke

Dr. Alexander King (LINKE) interessiert, ob es Verhandlungen mit dem Besitzer mit dem Ziel gebe, das Grundstück vom Land zu übernehmen und einer sportlichen Nutzung zuzuführen.

Gabriele Freytag (SenInnSport) bestätigt, das Grundstück sei von einem Investor übernommen worden. Überlegungen zur Übernahme des Grundstücks in Abstimmung mit dem Bezirk gebe es, aber aktuell fehlten dazu die entsprechenden Grundlagen.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Ansatz 2024 190.000
Ansatz 2025 190.000

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024: -50.000
2025: -50.000

a) Begründung zum Änderungsantrag
Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen –

Ansatz 2024 44.000
Ansatz 2025 44.000

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024: +44.000
2025: +44.000

a) Erhöhung des Titels da höhere Ausgaben bei Fahrt- und Reisekosten, Energie, Nahrungsmittel, Transport

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*
Änderung des Titels
Ansatz 2024: 88.000
Ansatz 2025: 88.00

Dr. Alexander King (LINKE) begründet die beantragte Ansatzerhöhung mit allgemeinen Preissteigerungen.

Dennis Buchner (SPD) weist darauf hin, der vorgeschlagene Ansatz orientiere sich an den aktuellen Ausgaben. Bedauerlicherweise werde auf den Titel, der Austauschbegegnungen im Sport ermöglichen solle, wenig zurückgegriffen. Er hoffe, dass die Nachfrage künftig steige und der Ansatz in einem späteren Haushalt entsprechend erhöht werden könne. Reichten die 44 000 Euro in den nächsten beiden Jahren nicht aus, sei davon auszugehen, dass die Senatsverwaltung zusätzliche Mittel im Rahmen der Haushaltswirtschaft zur Verfügung stelle.

Dr. Alexander King (LINKE) führt das niedriger Ist auf die Coronapandemie zurück. Er spreche sich dafür aus, den Ansatz zu erhöhen und das Vorhandensein dieser Mittel stärker publik zu machen.

Dennis Buchner (SPD) bittet zu bedenken, es handele sich um einen Zuschusstitel. Es gehe im Einzelfall immer um geringe Summen, um Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an entsprechenden Austauschfahrten zu ermöglichen. Eine Komplettfinanzierung von Fahrten aus diesem Titel sei nicht vorgesehen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Bericht Nr. 38 bis 41 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der AfD-Fraktion

Ansatz 2024 510.000
Ansatz 2025 475.000

VE 2024 200.000
VE 2025 200.000

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024: -50.000
2025: -50.000

VE 2024 +/-0
VE 2025 +/-0

a) Begründung zum Änderungsantrag
Gegenfinanzierung

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2024: -25.000
2025: -25.000

a) Mittelkürzung i. H. v. 25.000 Euro ab 2024 zur Gegenfinanzierung

b) Anpassung der Tabelle
TA 1. Sport im Park (Webseite)
Ansatz 2024: 75.000
Ansatz 2024: 75.000
Erläuterungen werden entsprechend angepasst.

Julian Schwarze (GRÜNE) hat dem Bericht entnommen, die Pacht- und Betreiberverträge für die Max-Schmeling-Halle und das Velodrom würden europaweit ausgeschrieben. Wann sei mit einer Entscheidung zu rechnen?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, die Ausschreibung solle Anfang des kommenden Jahres erfolgen und zeitnah abgeschlossen werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der Grünen und der Linken ab.

Dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD wird zugestimmt.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Ansatz 2024 145.000
Ansatz 2025 145.000

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024: -45.000
2025: -45.000

a) Begründung zum Änderungsantrag
Gegenfinanzierung

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2024: -25.000
2025: -25.000

a) Mittelkürzung i. H. v. 25.000 Euro ab 2024 zur Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der Grünen und der Linken ohne Aussprache ab.

Dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD wird ohne Aussprache zugestimmt.

Titel 54077 – Steuern, Abgaben –

Ansatz 2024 100.000
Ansatz 2025 100.000

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2024: -50.000
2025: -50.000

a) Mittelkürzung i. H. v. 50.000 Euro ab 2024 zur Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 54107 – Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin –

Ansatz 2024	**450.000**
Ansatz 2025	**450.000**
VE 2024	**450.000**
VE 2025	**450.000**

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024:	**-150.000**
2025:	**-150.000**
VE 2024	**-150.000**
VE 2025	**-150.000**

a) Begründung zum Änderungsantrag
Gegenfinanzierung

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2024:	**-50.000**
2025:	**-50.000**

a) Mittelkürzung i. H. v. 50.000 Euro ab 2024 zur Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der Grünen und der Linken ohne Aussprache ab.

Dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD wird ohne Aussprache zugestimmt.

Titel 54124 – Sicherheitsausgaben in Zusammenhang mit dem DFB-Pokalfinale –

Bericht Nr. 55 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klara Schedlich (GRÜNE) möchte wissen, welche Sicherheitskosten bisher konkret übernommen worden seien.

Paul Wedeleit (SenInnSport) stellt fest, das Land Berlin habe sich im Rahmenvertrag mit dem DFB verpflichtet, Ausgaben für Maßnahmen, die zur Durchführung des Pokalfinales im Umfeld des Stadions erforderlich seien, zu übernehmen. Dazu gehöre die Errichtung von Vereinzelungsanlagen, die nötig seien, um einen geordneten Zugang sicherzustellen und Kontrollen durchzuführen. Hinzu kämen Maßnahmen, die die Polizei anordne, um die Veranstaltung vor terroristischen Angriffen oder Einfahrten zu schützen. Dazu dienten sandgefüllte Container, die angemietet, befüllt und wieder abgebaut werden müssten. Weitere Kosten fielen für die Beleuchtung in den Abendstunden und die Aufstellung zusätzlicher Urinale an.

Klara Schedlich (GRÜNE) interessiert, ob die Kosten aufgeschlüsselt werden könnten.

Paul Wedeleit (SenInnSport) beziffert die Ausgaben für die Vereinzelungsanlagen auf jährlich 100 000 bis 120 000 Euro. Dabei übernehme der DFB die Kosten für alle Maßnahmen innerhalb des Stadionzauns und das Land Berlin alle Kosten außerhalb. Die Maßnahmen würden über den DFB abgerechnet. Für die sandgefüllten Container fielen rund 30 000 Euro an, für die Beleuchtung und die Urinale zirka 20 000 Euro.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Ansatz 2024 6.950.000
Ansatz 2025 8.500.000

VE 2024 29.080.000
VE 2025 4.600.000

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2024: -70.000
2025: -70.000

a) Zu TA 1. An die Velomax Hallenbetriebs GmbH für die Nutzung der Max-Schmeling-Halle (MSH) und des Velodroms:
Weniger i. H. v. 70.000 Euro ab 2024 zur Gegenfinanzierung.

b) Anpassung der Tabelle
TA 1. An die Velomax Hallenbetriebs GmbH für die Nutzung der Max-Schmeling-Halle (MSH) und des Velodroms
Ansatz 2024: 4.430.000
Ansatz 2024: 5.030.000

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 68276 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der großen Mehrzweckhallen –

Ansatz 2024 5.200.000
Ansatz 2025 6.575.000

VE 2024 34.915.000

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2024: -100.000
2025: -100.000

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Ansatz 2024 191.000
Ansatz 2025 191.000

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024: +197.000
2025: +197.000

a) Begründung zum Änderungsantrag
Erhöhung TA 2 „Maßnahmen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“: Stärkung IGSV – gemäß Drucksache 19/0843 „Ein Konzept „geschlechtliche und sexuelle Vielfalt im Sport“ für Berlin“ vom 23.01.2023
Erhöhung TA 3 „Unabhängige Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport“ – landeseigene Anlaufstelle in Ergänzung zu der vom Bund eingerichteten Anlaufstelle „Safe Sport e.V.“

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*
TA 2:
Ansatz 2024: 150.000 Ansatz 2025: 150.000
TA 3:
Ansatz 2024: 200.000 Ansatz 2025: 200.000

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2024: +50.000
2025: +50.000

a) Zu TA 2. Maßnahmen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt: Stärkung Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV)
Mehr i. H. v. 20.000 Euro ab 2024 zur Fortschreibung der Mittel
Zu TA 3. Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport
Mehr i. H. v. 30.000 Euro ab 2024 wegen Mehrbedarfs.

b)Anpassung der Tabelle
TA 2. Maßnahmen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt: Stärkung Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV)
Ansatz 2024: 110.000
Ansatz 2025: 110.000
TA 3. Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport
Ansatz 2024: 93.000
Ansatz 2025: 93.000
Erläuterungen werden entsprechend angepasst.

c) Anbringung Haushaltsvermerke*:

Klara Schedlich (GRÜNE) erklärt, mit dem Änderungsantrag wolle ihre Fraktion Kürzungen, die der Senat vorgenommen habe, zurücknehmen sowie zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um beispielsweise Maßnahmen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt der IGSV zu stärken und eine Anlaufstelle des Landes „Gewalt und Diskriminierung im Sport“ einzurichten, bei der entsprechende Vorfälle gemeldet werden könnten.

Dennis Buchner (SPD) teilt mit, die Intention der Koalitionsfraktionen gehe in die gleiche Richtung wie die der Grünen und der Linken. Die Änderungsanträge unterschieden sich lediglich in der beantragten Summe.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der Grünen und der Linken ab.

Dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD wird zugestimmt.

Titel 68419 – Förderung des Sports –

Ansatz 2024	**30.538.000**
Ansatz 2025	**32.022.000**
VE 2024	**73.168.000**
VE 2025	**14.493.000**

<u>Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke</u>

2024:	**+496.000**
2025:	**+516.000**

a) Begründung zum Änderungsantrag
Verstärkung TA 13 zur Schaffung von Nachhaltigkeitsbeauftragten

Verstärkung TA 17 „Teilhabeprogramm“ wegen Mehrbedarfs. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat am 09. Februar 2023 einen Beschluss gefasst, in dem der Senat aufgefordert wird „Ein Konzept „geschlechtliche und sexuelle Vielfalt im Sport“ für Berlin“ (Drs. Nr. 19/0851) zu erstellen. Ein finanzieller Aufwuchs ist jedoch nicht veranschlagt, sodass die Erhöhung der Mittel gegenüber den Vorjahren angezeigt ist.

Verstärkung TA 18 „Berlin bewegt sich“ wegen Mehrbedarfs, u.a. Tischtennisplattenkampagne, Frisbee Golf, Ninja Parcours in Parks sowie für aufsuchende Bewegungsangebote für Kinder

Verstärkung TA 27 „Zuschuss an den Berliner Fußball-Verband für das Mädchenfussballprojekt sh. TA 17

TA 33 (neu) zugehörig zu „Sonstige Zuschüsse an den LSB“ zur Verstärkung der Fachstelle lgbtiq, sh. TA 17

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*
Anpassung der Tabelle:
TA 13:
2024: 250.000
2025: 250.000

TA 17:
2024: 400.000
2025: 400.000

TA 18:
2024: 500.000
2025: 500.000

TA 27:
2024: 220.000
2025: 250.000

TA 34 (neu):
Sonstige Zuschüsse an den LSB
2024: 163.000
2025: 163.000

Ansatz 2024: 32.071.000
Ansatz: 2025: 33.585.000

<u>Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD</u>

2024: +270.000
2025: +270.000

a) Zu TA 4. Zuschüsse für die Beschäftigung von hauptamtlichen Verwaltungskräften in Verbänden und Vereinen:
Weniger i. H. v. 50.000 Euro ab 2024 zur Gegenfinanzierung

Zu TA 17. Zuschuss zur Förderung von Projekten im Bereich Integration, Inklusion, Gesundheit, Ältere, Mädchen/Frauen und LGBTI (Teilhabeprogramm)
Mehr i. H. v. 25.000 Euro ab 2024 wegen Mehrbedarfs

Zu TA 18: Bewegungsförderung im öffentlichen Raum (einschl. „Berlin bewegt sich“)
Weniger i. H. v. 110.000 Euro ab 2024 zur Gegenfinanzierung

Zu TA 19: Förderung sozial benachteiligter Gebiete
Weniger i. H. v. 40.000 Euro ab 2024 zur Gegenfinanzierung

Zu TA 24: Zuschüsse für die Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG
Mehr i. H. v. 20.000 Euro ab 2024

Zu TA 25: Zuschuss zur Förderung des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands Berlin e.V. (BSBerlin)
Mehr i. H. v. 175.000 Euro ab 2024 als Schlussfolgerung aus den Special Olympic Worldgames zur Förderung des Inklusionssports

Zu TA 34 (neu): Zuschuss zur Förderung von Projekten zur Stärkung von Diversity und Queer-Kompetenzen in allen Bereichen des Sports
Mehr i. H. v. 100.000 Euro ab 2024 zur Umsetzung des Koalitionsvertrags

Zu TA 35 (neu): Vereine und Profivereine machen Schule und Kita
Mehr i. H. v. 100.000 Euro ab 2024 wegen gestiegener Nachfrage

Zu TA 36 (neu): Potential- und Bedarfsanalyse für E-Sport Vereine
Mehr i. H. v. 50.000 Euro ab 2024

b)
Anpassung der Tabelle
TA 4: Zuschüsse für die Beschäftigung von hauptamtlichen Verwaltungskräften in Verbänden und Vereinen
Ansatz 2024: 1.169.000
Ansatz 2025: 1.169.000

TA 17: Zuschuss zur Förderung von Projekten im Bereich Integration, Inklusion, Gesundheit, Ältere, Mädchen/Frauen und LGBTI (Teilhabeprogramm)
Ansatz 2024 299.000
Ansatz 2025 299.000

TA 18: Bewegungsförderung im öffentlichen Raum (einschl. „Berlin bewegt sich“)
Ansatz 2024 290.000
Ansatz 2025 290.000

TA 19: Förderung sozial benachteiligter Gebiete
Ansatz 2024: 860.000
Ansatz 2025: 860.000

TA 24: Zuschüsse für die Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG
Ansatz 2024: 90.000
Ansatz 2025: 90.000

Zu TA 25: Zuschuss zur Förderung des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands Berlin e.V. (BSBerlin)
Ansatz 2024: 325.000
Ansatz 2025: 329.000

Zu TA 34 (neu) Zuschuss zur Förderung von Projekten zur Stärkung von Diversity und Queer-Kompetenzen in allen Bereichen des Sports
Ansatz 2024: 100.000
Ansatz 2025: 100.000

Zu TA 35 (neu): Vereine und Profivereine machen Schule und Kita
Ansatz 2024: 100.000
Ansatz 2025: 100.000

Zu TA 36 (neu): Potential- und Bedarfsanalyse für E-Sport Vereine
Ansatz 2024: 50.000
Ansatz 2025: 50.000
Erläuterungen werden entsprechend angepasst."

Änderungsantrag Nr. 1 AfD-Fraktion

2024: +/-0
2025: +/-0

a) Begründung zum Änderungsantrag
Berücksichtigung von VBB Tickets für alle Sporttrainer mit entsprechender Trainerlizenz, die sich ehrenamtlich engagieren. Dies betrifft nachfolgende Abschnitte:
TA 6 Sporttrainerinnen und Sporttrainer mit Schwerpunkt im Kinder- und Jugendsport.

TA 11 Trainerinnen und Trainer für den Spitzensport.

b) Verbindliche Erläuterung:
Der Senat wird verpflichtet, ein Umsetzungskonzept binnen drei Monate seit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes vorzunehmen.

c) Anbringung Haushaltsvermerke*:
2,5% der Mittel für die Tickets werden bis zur Vorlage eines Umsetzungskonzepts gesperrt.

Änderungsantrag Nr. 2 AfD-Fraktion

zu TA 13 und 24

TA 13
Fairtrade im Sport
Ansatz 2024 100.000
Ansatz 2025 100.000

2024: -100.000
2025: -100.000

TA 24
Zuschüsse für die Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG
Ansatz 2024 70.000
Ansatz 2025 70.000

2024: +100.000
2025: +100.000

a) Begründung zum Änderungsantrag
Der TA 13 sollen gestrichen werden und die freiwerdenden Mittel TA 24 zugeführt werden. Die vorgeschlagenen Mittel zur Förderung des Förderprogramms zur Beschaffung von „Fairtrade-Sportmaterialien“ können einen besseren Ansatz finden, in dem die Bezuschussung der Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG (TA 24, jährlich: 70.000 EURO) um die Summe des Teilansatzes für Fairtrade im Sport (200.000 EURO) aufgestockt wird. Der Hauptgrund für die Aufstockung ist ein Mangel an Rettungsschwimmern.

Dr. Alexander King (LINKE) begründet den Änderungsantrag der Grünen und der Linken zum TA 13 damit, man wolle – analog zum Kinderschutzbeauftragten – einen Nachhaltigkeitsbeauftragten schaffen, um bei Beschaffungen und Sportangeboten den Nachhaltigkeitsaspekt zu berücksichtigen.

Klara Schedlich (GRÜNE) ergänzt, der Änderungsantrag diene der Förderung der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt im Sport. Der Senat sei im Februar 2023 vom Abgeordnetenhaus aufgefordert worden, dazu ein Konzept zu erstellen. Die beantragten zusätzlichen Mittel sollten dazu dienen, mögliche Projekte, die sich aus einem solchen Konzept ergäben, zu finanzieren.

Die Ansatzerhöhung solle zudem dazu dienen, im Rahmen von „Berlin bewegt sich“ Tischtennisplatten, Frisbeegolfanlagen, Ninjaparcours, andere Trendsportarten und aufsuchende Bewegungsangebote für Kinder, insbesondere solche, die nicht in Vereinen aktiv seien, zu ermöglichen.

Höhere Zuschüsse solle es auch für den Mädchenfußball beim Berliner Fußball-Verband und für die Fachstelle LGBTI geben.

Dennis Buchner (SPD) teilt mit, auch die Koalitionsfraktionen wollten den Ansatz verstärken. Das solle dem Behinderten- und Rehabilitationssport-Verband zugutekommen, um der Zielgruppe mehr sportliche Aktivitäten anbieten zu können.

Weitere Aufwüchse beträfen Projekte zur Stärkung von Diversity und Queer-Kompetenzen in allen Bereichen des Sports.

Stephan Standfuß (CDU) fügt hinzu, die DLRG solle zusätzliche Mittel erhalten, um den sanierungsbedürftigen Tauchturm an der Pichelsdorfer Straße zu sichern. Er hoffe, dass der Bund dafür ebenfalls Mittel zur Verfügung stelle, denn auch die Bundeswehr und die Bundespolizei nutzten diese Anlage.

Mit dem erfolgreichen Programm „Profivereine machen Schule“ würden viele Kinder an den Sport herangeführt. Hier bestehe Mehrbedarf, und diesen wollten die Koalitionsfraktionen decken.

Ariturel Hack (CDU) macht darauf aufmerksam, im Koalitionsvertrag auf Bundesebene sei vereinbart, E-Sport gemeinnützig zu machen. Da E-Sport damit förderungswürdig würde, wolle man im Haushalt Mittel für eine Potenzial- und Bedarfsanalyse bereitstellen. In einer solchen Analyse solle geklärt werden, welche rechtlichen Voraussetzungen für eine Förder-

würdigkeit erfüllt sein müssten, wie viele bereits bestehende Sportvereine ihr Angebot um E-Sport erweitern würden, wie viele reine E-Sportvereine sich gründeten, welche Fördermaßnahmen geeignet seien, in welcher Höhe Fördermittel notwendig würden und welche zusätzlichen Aufgaben auf die Verwaltung zukämen.

Karsten Woldeit (AfD) stellt fest, im ersten Änderungsantrag seiner Fraktion gehe es um die Unterstützung der Lizenztrainer im Breitensport.

Mit dem zweiten Änderungsantrag solle der DLRG zusätzliche Mittel erhalten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der Grünen und der Linken ab.

Dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD wird zugestimmt.

Der Änderungsantrag Nummer 1 der AfD-Fraktion wird abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nummer 2 der AfD-Fraktion wird abgelehnt.

Berliner Bäder-Betriebe

Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe –

Ansatz 2024 68.000.000
Ansatz 2025 70.000.000

Änderungsantrag Nr. 3 AfD-Fraktion

2024: -5.000.000
2025: -5.000.000

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die Einsparungen bzw. die Kürzungen sollen im Bereich des gehobenen Managements und / oder durch Umstrukturierung erreicht werden.
Die eingesparten 10.000.000 EURO sollen wie folgt angesetzt werden:
• 5.000.000 EURO insgesamt in den Jahren 2024 und 2025 für bessere Ausbildung bei den Berliner Bäderbetrieben.
• 3.500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2024 und 2025 für Entwicklung eines Mitarbeiterpools der Berliner Bäderbetriebe.
• 500.000 insgesamt in den Jahren 2024 und 2025 für Aufstockung der Gehälter des mittleren Managements der Berliner Bäderbetriebe (Bädermanager).
• 500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2024 und 2025 für die Erarbeitung der Stadtentwicklungspläne der Bezirke im Bereich Sport. (Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport).
• 500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2024 und 2025 für die sofortige Gründung eines professionellen Management- und Controlling-Teams (Titel 89201 - „Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen“).

b) Verbindliche Erläuterung:
Die Berliner Bäder Betriebe sind verpflichtet, die Entwicklung folgender drei Konzepte binnen drei Monate seit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes vorzunehmen:
• Verbesserung der Ausbildung
• Gut bezahlter, flexibler Mitarbeiterpool
• Verbesserung der Gehaltsbedingungen des mittleren Managements
c) Anbringung Haushaltsvermerke*:
25% der Mittel für die Gehälter im gehobenen Management werden bis zur Vorlage der drei Konzepte gesperrt.

Titel 83110 – Kapitalzuführung an die Berliner Bäderbetriebe –

Ansatz 2024 1.000
Ansatz 2025 1.000

Änderungsantrag Nr. 4 AfD-Fraktion

2024: +/- 0
2025: + 7.500.000

a) Begründung zum Änderungsantrag
Bau von drei Schwimmbädern (25m, 6-7 Bahnen) mit Traglufthallen, vorrangig in Marzahn-Hellersdorf und zwei weiteren Bezirken mit auf lange Sicht geschlossenen Schwimmbädern. Die Kosten pro Schwimmbad mit Traglufthalle sollen nicht mehr als 2.500.000 Euro betragen.

b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*
Durch den Bau der Traglufthallen-Schwimmbäder ist das Freiluftbad auch ganzjährig im Winter nutzbar. Hierdurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Nichtschwimmer-Quote v.a. bei Kindern deutlich zu verringern. Ebenso erhalten die Vereine erweiterte Möglichkeiten zur Schwimmbadnutzung.
Die Finanzierung erfolgt haushaltsplanübergreifend. Der Senat soll sich dafür einsetzen, dass aus den Mitteln zur Beschaffung der elektrisch betriebenen BVG-Busse die Finanzierung für die dringend notwendigen Bäder geschaffen wird.

Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen –

Ansatz 2024 2.339.000
Ansatz 2025 10.000.000

VE 2024 2.412.000
VE 2025 10.000.000

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024: +2.000.000
2025: -2.000.000

VE 2024 +/-0
VE 2025 +/-0

a) Begründung zum Änderungsantrag
Sicherung der Planungskosten im Jahr 2024 für das geplante Bad in Marzahn-Hellersdorf.
Dies betrifft Mittel in H. v. 2 Mio. Euro die in 2024 vorgesehen sein sollen für Planungskosten eines Badneubaus in Marzahn-Hellersdorf.
Der Hauptausschuss wird gebeten im Falle, dass die Planungskosten bisher nicht in dem Titel vorgesehen sind, den daraus folgenden Mehrbedarf einzelplanübergreifend zu decken.

Änderungsantrag Nr. 5 AfD-Fraktion

2024: +250.000
2025: +250.000

a) Begründung zum Änderungsantrag
Mehr für sofortige Gründung eines professionellen Management- und Controlling-Teams, das für die Gewährleistung des 100% Abrufs aller zur Verfügung gestellten Sanierungsmitteln zuständig sein wird. Insbesondere für Aufbau, Planung, Kontrolle und Durchführung der kompletten zur Verfügung stehenden Zuschüsse für Investitionsmittel.
Die zusätzlichen Mittel für die Jahren 2024 und 2025 sollen aus dem Titel 68506 (Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe) zur Verfügung gestellt werden, sowie für alle weiteren Jahre.

b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung) *
Der Senat verpflichtet sich, ein professionelles Management- und Controlling-Team zu gründen, das für die Gewährleistung des 100% Abrufs aller zur Verfügung gestellten Sanierungsmitteln zuständig sein wird. Insbesondere für Aufbau, Planung, Kontrolle und Durchführung der kompletten zur Verfügung stehenden Zuschüsse für Investitionsmittel.
Ein Personalkonzept soll sofort oder spätestens binnen drei Monate seit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes vorgelegt werden.

c) Anbringung Haushaltsvermerke*:
25% der Mittel für die Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen werden bis zur Vorlage des Personalkonzeptes gesperrt.

Dr. Alexander King (LINKE) weist darauf hin, in dem Änderungsantrag der Grünen und der Linken gehe es darum, die Vorarbeiten zur Errichtung des Kombibads Marzahn-Hellersdorf sicherzustellen.

Dennis Buchner (SPD) konstatiert, auch die Koalitionsfraktionen unterstützten den Bau des Kombibads Marzahn-Hellersdorf. Er halte es aber für problematisch, den Eindruck zu erwecken, der Baubeginn stehe unmittelbar bevor.

Kritisch sehe er auch die von den Grünen und den Linken vorgeschlagene Gegenfinanzierung, die sich über zwei Haushaltsjahre erstrecke. Ein solches Vorgehen führe zu einem nicht ausgeglichenen Haushalt. Ein Ausgleich müsse immer innerhalb eines Haushaltsjahres erfolgen.

Dr. Alexander King (LINKE) erinnert daran, die Bäder-Betriebe hätten gegenüber dem Ausschuss dargestellt, dass Mittel für vorbereitende Arbeiten erforderlich seien. Wie sollten diese nach Ansicht der CDU und der SPD finanziert werden?

Dennis Buchner (SPD) stellt fest, es sei zunächst erforderlich, dass das Projekt in die Investitionsplanung aufgenommen werde. Das geschehe mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Er gehe zudem davon aus, dass Planungskosten für ein Bad im Haushalt vorhanden seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nummer 3 der AfD-Fraktion ab.

Der Änderungsantrag Nummer 4 der AfD-Fraktion wird abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der Grünen und der Linken wird abgelehnt

Der Änderungsantrag Nummer 5 der AfD-Fraktion wird abgelehnt.

Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte –

Bericht Nr. 90 bis 93 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der AfD-Fraktion

Ansatz 2024	**2.500.000**
Ansatz 2025	**2.700.000**
VE 2024	**2.500.000**
VE 2025	**2.500.000**

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024:	**-475.000**
2025:	**-475.000**
VE 2024	**+/-0**
VE 2025	**+/-0**

a) Begründung zum Änderungsantrag
Gegenfinanzierung

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*
750.000 Euro sind insgesamt für die Olympiabewerbung vorgesehen sowie 250.000 Euro für zwei Abende im Deutschen Haus in Paris. Die Mittel der Olympiabewerbung werden vollständig gestrichen, für die zwei Abende wird der Ansatz von 250.000 Euro auf 150.000 Euro gekürzt.

Julian Schwarze (GRÜNE) möchte bezogen auf den Bericht des Senats wissen, warum die Umsetzung des Rahmenvertrags mit dem DFB nicht in diesem Titel belassen worden sei.

Paul Wedeleit (SenInnSport) erläutert, aus dem vorliegenden Titel würden einmalige, innovative und kurzfristige Maßnahmen finanziert. Das Pokalfinale entspreche nicht diesen Kriterien, weswegen man hierfür einen gesonderten Titel einrichten wolle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin –

Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen –

Ansatz 2024	**500.000**
Ansatz 2025	**500.000**

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

2024:	**+50.000**
2025:	**+50.000**

VE 2024	**+/-0**
VE 2025	**+/-0**

a) Begründung zum Änderungsantrag
Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Bericht Nr. 103 und 105 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Julian Schwarze (GRÜNE) stellt fest, in dem Bericht sei von einer Umsatzpacht für die Waldbühne die Rede. Wie werde eine solche Pacht ermittelt? Welche Laufzeit habe der Pachtvertrag, und wie werde damit weiter verfahren?

Dennis Buchner (SPD) teilt das Interesse an ergänzenden Ausführungen zum Pachtvertrag für die Waldbühne. Er rege an, die Senatsverwaltung dazu um einen schriftlichen Bericht zu bitten.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erklärt, der Pachtvertrag mit der Waldbühne sei aufgrund der Coronapandemie verlängert worden. Er sage dazu den erbetenen schriftlichen Bericht zu.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, der Bericht hierzu werde innerhalb der nächsten drei Wochen erwartet.

Kapitel 0512 – Sportforum Berlin

Keine Wortmeldungen.

– –

Der **Ausschuss** nimmt alle Berichte der Sammelvorlage – Vorgangsnummer 0093-02 – zur Kenntnis.

Dem Hauptausschuss wird empfohlen, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100, Einzelplan 05, Kapitel 0510, 0511 und 0512 unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen.

Dem Hauptausschuss wird empfohlen, Einzelplan 12, Kapitel 1250, MG 05 – alle Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport mit Sportbezug – zuzustimmen.

Dem Hauptausschuss wird empfohlen, Einzelplan 27, Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport – zuzustimmen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.